

GESAGT GETAN GERECHT



HALBZEITBILANZ



GESAGT GETAN GERECHT



HALBZEITBILANZ

ZUKUNFT GESTALTEN



Seit zwei Jahren prägt die SPD-Bundestagsfraktion die Politik der Großen Koalition. Konsequenter setzen wir die sozialdemokratischen Vorhaben um, die wir zu Beginn der Wahlperiode im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben: Mindestlohn, Frauenquote und ElterngeldPlus. Mehr BAföG, Kindergeld und Kitaplätze. Rentenreform und bessere Leistungen bei Pflege und Gesundheit. Mietpreisbremse und Doppelpass. Reform der Energiewende. Ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden. Gleichzeitig: Milliardeninvestitionen in Bildung und Forschung, in Klimaschutz, Stadtentwicklung, sozialen Wohnungsbau und Infrastruktur. Außerdem: Milliardenentlastung der Städte und Gemeinden für eine gute Daseinsvorsorge vor Ort. Unsere Halbbilanz kann sich sehen lassen. Gesagt, getan, gerecht!

Aktuell stellen die gestiegenen Flüchtlingszahlen unser Land vor enormen Aufgaben. Zahlreiche Menschen suchen in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung. Unzählige haupt- und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sorgen vor Ort dafür, dass sie gut versorgt und aufgenommen werden. Wir haben in der Koalition Maßnahmen vereinbart, um den Zuzug zu ordnen und zu steuern, Länder und Kommunen bei der Unterbringung zu unterstützen und diejenigen, die bleiben werden, an der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Die Flüchtlinge integrieren und die Gesellschaft zusammenhalten – diese Zukunftsaufgabe werden wir in der zweiten Hälfte der Wahlperiode entschlossen anpacken.

Wir wissen: Die Welt steht nicht still. Globalisierung, Digitalisierung und die Altersentwicklung unserer Bevölkerung verändern die Art und Weise, wie wir künftig leben und arbeiten. Wir wollen diesen Wandel gestalten, damit Deutschland ein offenes und sicheres, ein wohlhabendes und gerechtes Land bleibt. Deshalb haben wir die Initiative »Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit« gestartet. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln wir Antworten auf drängende Zukunftsfragen. Machen Sie mit!

A handwritten signature in blue ink, which appears to read "Thomas Oppermann". The signature is fluid and cursive.

Thomas Oppermann, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

8

ARBEIT WERTSCHÄTZEN
**DER MINDESTLOHN
IST DA**

12

FREIRÄUME SCHAFFEN
MEHR ZEIT FÜR FAMILIE

16

LEBENSLEISTUNG
VERDIENT ANERKENNUNG
DAS RENTENPAKET

20

INVESTITIONEN IN
DIE ZUKUNFT
**MEHR GELD FÜR
BILDUNG**

24

LEBENSQUALITÄT
VOR ORT
**BEZAHLBARES WOHNEN
FÜR ALLE**

28

GLEICHSTELLUNG
VORANBRINGEN
**DIE FRAUENQUOTE
KOMMT**

32

NACHHALTIGKEIT
**ENERGIEWENDE
VORANTREIBEN**

36

NACHHALTIGKEIT
**KLIMASCHUTZ
VERBESSERN**

40

IN WÜRDE ALTERN
GUTE PFLEGE

44

GESUND BLEIBEN
**BESSERE VERSORGUNG
UND MEHR VORSORGE**

48

ÖFFENTLICHE DASEINS-
VORSORGE STÄRKEN
**ENTLASTUNG DER
KOMMUNEN**

52

HUMANITÄRE
VERANTWORTUNG
**FLÜCHTLINGE
VERSORGEN UND
INTEGRIEREN**

56

INTERNATIONALE
VERANTWORTUNG
**VERANTWORTUNG IN
EUROPA UND DER WELT**

62

AUSGEGLICHER HAUSHALT
**MEHR
INVESTITIONEN OHNE
NEUE SCHULDEN**

64

BILANZ IM ÜBERBLICK
**AUSSERDEM AUF DEN
WEG GEBRACHT**

69

AUSBLICK
**WAS WIR ALS NÄCHSTES
UMSETZEN**

72

REFORM-INITIATIVE
**PROJEKT ZUKUNFT
#NEUEGERECHTIGKEIT**

75

SCHLUSSWORT
VIEL GETAN, VIEL VOR

76

SPD-FRAKTION
**GESCHÄFTSFÜHRENDE
FRAKTIONS-VORSTAND**



ARBEIT WERTSCHÄTZEN

DER MINDESTLOHN IST DA



Mit dem Mindestlohn per Gesetz geben wir der Arbeit von Millionen Menschen Wert und Würde zurück. Außerdem haben wir die Tarifbindung gestärkt und dafür gesorgt, dass mehr Beschäftigte von guten Tariflöhnen profitieren.

86%

SAGEN »JA« ZUM
GESETZLICHEN MINDESTLOHN

Infratest dimap, Februar 2015

»Der Mindestlohn gilt für alle Menschen in Deutschland, auch für Flüchtlinge.«

Carola Reimann, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

In den Koalitionsverhandlungen haben wir erfolgreich für einen allgemeingültigen Mindestlohn und die Stärkung der Tarifbindung gekämpft.

GETAN ✓

GESETZLICHER MINDESTLOHN

Seit dem 1. Januar 2015 haben alle volljährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Im Übergang sind bis Ende 2016 Abweichungen möglich. Voraussetzung ist in der Regel ein Mindestlohn-Tarifvertrag. Ab dem 1. Januar 2017 gilt der gesetzliche Mindestlohn flächendeckend. Danach wird die Höhe des Mindestlohns regelmäßig durch die Tarifpartner überprüft und gegebenenfalls angepasst. Besondere Regelungen gelten für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten einer neuen Beschäftigung, für ehrenamtliche Tätigkeiten, für Auszubildende und für bestimmte Praktika. Um zu kontrollieren, ob das Mindestlohngesetz eingehalten wird, verstärken wir den Zoll um 1.600 neue Stellen.

GUTE TARIFLÖHNE

Tarifverträge können künftig leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden. Sie gelten dann auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber der jeweiligen Branche, die nicht Mitglied der Gewerkschaft bzw. des Verbandes sind, die den Tarifvertrag ausgehandelt haben. Das ging bislang nur, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt und der Tarifvertrag mindestens für die Hälfte der Branchenbeschäftigten gilt. Dieses Quorum entfällt. Auch ermöglichen wir es mit der Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes allen Branchen, branchenweite Mindestlöhne festzulegen.

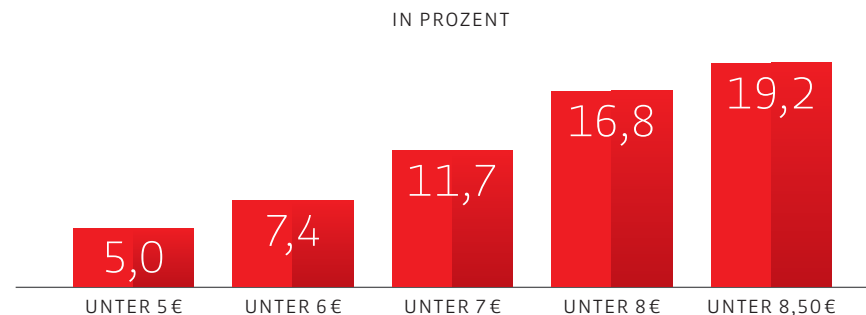


© ISTOCK.COM/ALEXANDER_TARASSOV

GERECHT ✓

Wir wollen, dass alle von ihrer Arbeit leben können. Der Mindestlohn macht viele Menschen unabhängig von ergänzenden Sozialleistungen und setzt dem Lohndumping ein Ende: Unternehmen können sich nicht mehr gegenseitig dadurch unterbieten, dass sie ihre Arbeitskräfte menschenunwürdig bezahlen. Das stärkt die ehrlichen Unternehmerinnen und Unternehmer, die anständige Löhne zahlen. Allen Horrorszenarien der Mindestlohn-Gegner zum Trotz hat die Einführung der Lohnuntergrenze weder zu massiven Arbeitsplatzverlusten noch zu Preiserhöhungen auf breiter Front geführt. Gleichzeitig stärken wir die Tarifbindung, damit Tarifverträge auch dort greifen, wo immer weniger Unternehmen der Tarifgemeinschaft angehören.

ANTEIL DER BESCHÄFTIGTEN, DIE 2012 FÜR EINEN STUNDENLOHN UNTER 8,50 EURO GEARBEITET HABEN



QUELLE: INSTITUT FÜR ARBEIT UND QUALIFIKATION 2014
© HANS-BÖCKLER-STIFTUNG 2014

A woman with a backpack is helping a young child climb a tree branch in a forest. The scene is set in autumn, with fallen leaves on the ground and trees in the background.

FREIRÄUME SCHAFFEN

MEHR ZEIT FÜR FAMILIE



Wir ermöglichen eine bessere Balance zwischen Arbeit und Familie. Mit dem ElterngeldPlus geben wir Eltern mehr Gestaltungsfreiheit, familiäre und berufliche Aufgaben partnerschaftlich zu teilen. Mit der Familienpflegezeit sorgen wir für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege.

67%

DER ELTERN MIT KINDERN
UNTER 3 JAHREN SAGEN »JA« ZUM
ELTERNGELDPLUS

Monitor Familienleben 2014 / BMFSFJ

» Mit dem ElterngeldPlus haben wir einen weiteren Schritt in Richtung Familienarbeitszeit gemacht. «

Sönke Rix, Sprecher für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, die Elternzeit zu flexibilisieren und ein ElterngeldPlus einzuführen, um Familien mehr Zeit zu geben und eine bessere Kombination mit einer Teilzeittätigkeit zu ermöglichen. Außerdem haben wir verabredet, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern.

GETAN ✓

ELTERNGELDPLUS

Mit dem neuen ElterngeldPlus können Eltern bei Teilzeitarbeit künftig doppelt so lange Elterngeld beziehen (bis zu 28 Monate). Wenn Mütter und Väter parallel 25 bis 30 Stunden pro Woche arbeiten, um sich Familien- und Erwerbsarbeit zu teilen, erhalten beide das ElterngeldPlus für weitere vier Monate (Partnerschaftsbonus). Außerdem können Eltern zwischen dem dritten und dem achten Geburtstag des Kindes künftig 24 Monate Elternzeit nehmen und die Elternzeit flexibler aufteilen. Die Neuregelungen gelten seit Juli 2015. Außerdem haben wir das Kindergeld erhöht und Alleinerziehende entlastet.

FAMILIENPFLEGEZEIT

Mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf unterstützen wir pflegende Angehörige mit mehr Rechten und größerer Flexibilität. Bei einem akut eintretenden Pflegefall erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für eine zehntägige Auszeit zur Organisation der Pflege ein Pflegeunterstützungsgeld. Für längere Auszeiten haben wir einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit eingeführt: Angehörige können bis zu 24 Monate die Arbeitszeit reduzieren. Um Lohnausfälle aufzufangen, haben die Betroffenen einen Anspruch auf ein zinsloses Darlehen. Die Regelungen gelten seit Anfang 2015.



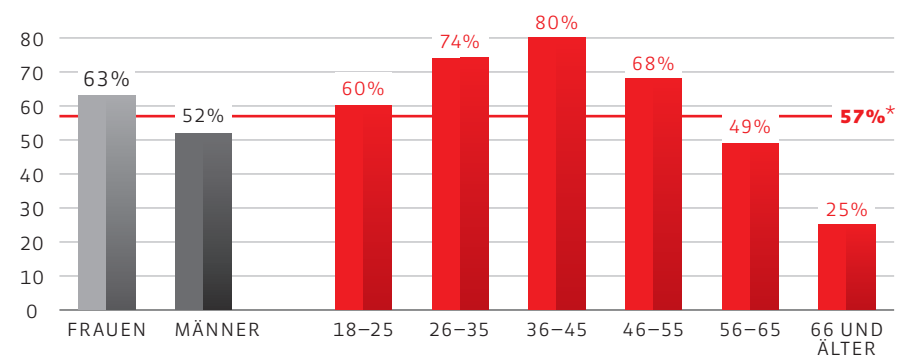
GERECHT ✓

Mit den Neuregelungen tragen wir den Bedürfnissen von Frauen und Männern Rechnung. Denn 60 Prozent der Eltern kleiner Kinder wollen sich Erwerbsarbeit und Familie partnerschaftlich teilen, aber nur 14 Prozent können diesen Wunsch verwirklichen. Mit dem ElterngeldPlus unterstützen wir sie dabei.

Die meisten Menschen wollen zu Hause alt werden. Viele Menschen möchten sich selbst um die Pflege ihrer Angehörigen kümmern. Wir helfen ihnen dabei, nicht vollständig aus dem Beruf aussteigen zu müssen. Das ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch wirtschaftlich vernünftig: Die Fluktuation unter den Beschäftigten sinkt, Fachkräfte bleiben erhalten.

LEBENSGEFÜHL STRESS

ANTEIL DER MENSCHEN, DIE SICH OFT ODER MANCHMAL »GESTRESST« FÜHLEN



QUELLE: TECHNIKER KRANKENKASSE 2013

*DURCHSCHNITT



LEBENSLEISTUNG VERDIENT ANERKENNUNG

DAS RENTENPAKET



Leistung und Anstrengung müssen sich lohnen. Deshalb können langjährig Versicherte bis zu zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen. Mütter (oder Väter), deren Kinder vor 1992 geboren wurden, bekommen mehr Rente. Außerdem haben wir die Erwerbsminderungsrente verbessert und das Reha-Budget erhöht.

81%

SAGEN »JA« ZUR ABSCHLAGSFREIEN
RENTE NACH 45 BEITRAGSJAHREN
ZDF-Politbarometer, Forschungsgruppe Wahlen,
März 2014

»Mit dem Rentenpaket schließen wir Gerechtigkeitslücken. Wir helfen denen, die lange und hart gearbeitet haben. Sie haben es verdient!«

Katja Mast, Sprecherin für Arbeit und Soziales
der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

»Wir wollen, dass sich Lebensleistung und langjährige Beitragszahlung in der Rente auszahlen.« So steht es im Koalitionsvertrag. Wer schon in jungen Jahren sein Arbeitsleben begonnen oder Kinder erzogen hat, soll in der Rente besser gestellt werden. Das gilt auch für die, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können.

GETAN ✓

NACH 45 JAHREN IN RENTE

Wer 45 Jahre gearbeitet und Beiträge in die Rentenkasse gezahlt hat, kann nun schon ab 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen, zwei Jahre früher als bisher. Vorübergehende Arbeitslosigkeit, Pflegezeiten und Kindererziehung werden anerkannt. Die Grenze für die abschlagsfreie Rente steigt schrittweise auf 65 Jahre an. Um Missbrauch durch »Frühverrentung« auszuschließen, werden Zeiten des Arbeitslosengeldbezugs in der Regel in den letzten beiden Jahren nicht mehr mitgezählt.

HÖHERE MÜTTERRENTE

Mütter (und Väter), die vor 1992 Kinder erzogen haben, bekommen pro Kind zwei Jahre Erziehungszeit statt bisher einem angerechnet. Damit erhöht sich ihre monatliche Rente um bis zu 29,21 Euro pro Kind, in den neuen Ländern um bis zu 27,05 Euro.

MEHR ERWERBSMINDERUNGSRENTE

Menschen, die aus gesundheitlichen oder unfallbedingten Gründen erwerbsunfähig werden, erhalten eine höhere Erwerbsminderungsrente. Bei einem Rentenbeginn seit dem 1. Juli 2014 wird die Rente so berechnet, als hätten sie bis zum 62. Lebensjahr mit dem bisherigen Durchschnittslohn gearbeitet statt nur bis zum 60. Lebensjahr.

HÖHERES REHA-BUDGET

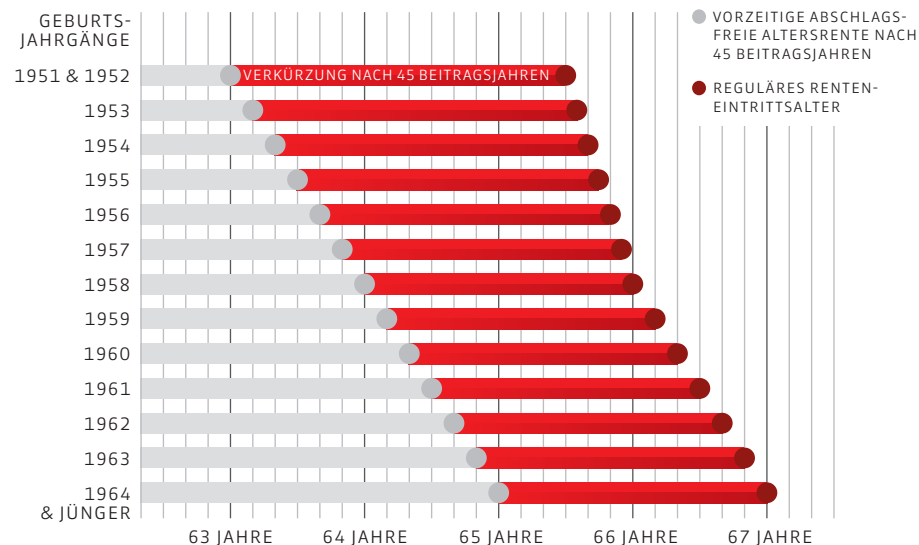
Damit die gesetzliche Rentenversicherung ihren Versicherten helfen kann, so lange wie möglich gesund im Arbeitsleben zu stehen, bekommt sie bis zu 233 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr für die medizinische und berufliche Rehabilitation.

GERECHT ✓

Von der Neuregelung der abschlagsfreien Rente profitieren unmittelbar mehr als 200.000 Menschen, von der »Mütterrente« 9,5 Millionen. Sie haben mit Arbeit und Anstrengung die Rente der Generation vor ihnen aufgebracht, die heutigen Beitragszahler großgezogen und so zum Wohlstand unseres Landes beigetragen. Für sie sind die Verbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht geschenkt, sondern verdient. Gleichzeitig ist das Rentenpaket solide finanziert. Der Beitragssatz bleibt stabil. Und ab 2019 sorgt ein Steuerzuschuss dafür, künftige Beitragszahler nicht weiter zu belasten.

WANN KANN ICH IN RENTE GEHEN?

EINTRITTSALTER FÜR DIE VORZEITIGE ABSCHLAGS-FREIE RENTE NACH 45 BEITRAGSJAHREN



QUELLE: BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES 2014



INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

MEHR GELD FÜR BILDUNG



Wir erhöhen das BAföG um 7 Prozent und fördern über 100.000 Studierende zusätzlich.

Die Länder erhalten mehr Spielräume zur Finanzierung von Schulen und Hochschulen. Der Bund investiert in Kita- und Studienplätze sowie in Forschung und Entwicklung. Außerdem haben wir das Kooperationsverbot im Grundgesetz gelockert.

66%

SAGEN »JA« ZU MEHR
INVESTITIONEN IN BILDUNG

Insa-Consulare GmbH 2014

» Das BAföG steht wie kein anderes Gesetz für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. «

Ernst Dieter Rossmann, Sprecher für Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir zusätzliche Zukunftsinvestitionen in Kitas, Bildung und Wissenschaft in Höhe von 9 Milliarden Euro bis 2017 durchgesetzt. Sie sollen durch Entlastung der Länder und durch direkte Investitionen des Bundes zur Verfügung gestellt werden.

GETAN ✓

MEHR GELD FÜR SCHÜLERINNEN, SCHÜLER UND STUDIERENDE

Mit der beschlossenen BAföG-Novelle erhöhen wir die Fördersätze zum Wintersemester 2016 um 7 Prozent. Durch die Anhebung der Einkommensfreibeträge erhalten rund 110.000 junge Menschen zusätzlich einen BAföG-Anspruch.

MEHR GELD FÜR KITAS, SCHULEN UND HOCHSCHULEN

Der Bund übernimmt seit 2015 die Kosten des BAföG vollständig. Dadurch werden die Länder dauerhaft um rund 1,17 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Sie werden die frei werdenden Mittel für Kitas, Schulen und Hochschulen verwenden. Außerdem investiert der Bund rund 750 Millionen Euro zusätzlich in Krippen und Kitas. Zudem nutzen wir die finanziellen Spielräume, die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes im Bundeshaushalt entstehen, um Länder und Kommunen bei der Verbesserung der Kinderbetreuung zu unterstützen. Zur Finanzierung des Hochschulpaktes für mehr Studienplätze stellen wir bis 2020 rund 10 Milliarden Euro zur Verfügung.

MEHR GELD FÜR FORSCHUNG

Für eine aktive Innovationspolitik und zur Fortsetzung des Paktes für Forschung und Innovation sowie der Exzellenzinitiative stehen 3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Außerdem haben wir das Grundgesetz geändert und das Kooperationsverbot im Hochschulbereich aufgehoben. Damit kann der Bund künftig Universitäten und Fachhochschulen dauerhaft fördern.



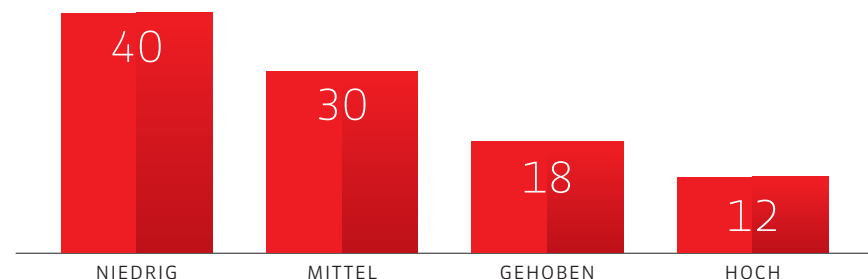
© ISTOCK.COM/BRAUNS

GERECHT ✓

Die Maßnahmen sind ein großer Fortschritt für planbare und verlässliche Investitionen in Bildung und Wissenschaft in Deutschland. Wir verschaffen den Ländern dauerhafte Spielräume für Zukunftsinvestitionen. Mit der BAföG-Reform und der Fortsetzung des Hochschulpaktes sorgen wir für mehr Chancengleichheit beim Hochschulzugang. Unabhängig davon wird sich die SPD-Bundestagsfraktion weiter für eine bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Schulpolitik einsetzen.

BAFÖG SORGT FÜR CHANGEGLEICHHEIT

BAFÖG-QUOTE NACH DER BILDUNGSHERKUNFT DER STUDIERENDEN
(IN PROZENT JE BILDUNGSHERKUNFTSGRUPPE)



QUELLE: DSW/HIS-HF 20. SOZIALERHEBUNG



LEBENSQUALITÄT VOR ORT

BEZAHLBARES WOHNEN FÜR ALLE



Gutes Wohnen darf nicht zum Luxusgut werden. Mit der Mietpreisbremse, höherem Wohngeld, mehr Mitteln für den sozialen Wohnungsbau und guten Bedingungen für Neubauten sorgen wir dafür, dass Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Mit mehr Investitionen in die Städtebauförderung verbessern wir die Lebensqualität vor Ort.

92%

DER MIETERINNEN UND MIETER
SAGEN »JA« ZUR BEGRENZUNG
VON MIETSTEIGERUNGEN

Innofact AG / Immobilienscout 24, Oktober 2014

»Mit der Verdoppelung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau und der Mietpreisbremse sorgen wir für mehr bezahlbare Wohnungen.«

Sören Bartol, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir durchgesetzt, den Anstieg der Mietpreise zu begrenzen und mehr Geld in die Städtebauförderung zu investieren.

GETAN ✓

DIE MIETPREISBREMSE

Bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt dürfen Mieten künftig höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Die Länder legen fest, für welche Gebiete die Mietpreisbremse gilt. Bei der Beauftragung eines Maklers gilt: »Wer bestellt, der bezahlt« – in der Praxis meist der Vermieter. Um Mieterinnen und Mieter mit geringen Einkommen zu unterstützen, erhöhen wir das Wohngeld.

MEHR GELD FÜR STÄDTEBAU

Wir haben die Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro jährlich angehoben. Wichtig ist das Programm »Soziale Stadt«: Damit sich Städte nicht in arme und reichere Stadtteile spalten, stellen wir 150 Millionen Euro pro Jahr bereit. Außerdem unterstützen wir Länder und Kommunen mit zusätzlichen Mitteln für kommunale Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen und der Förderung von nachhaltigem Wohnen für Studierende und Auszubildende.

NEUBAU VON WOHNRAUM

Wir unterstützen den Neubau sowie den altersgerechten und energiesparenden Umbau von Wohnungen. Für den altersgerechten Umbau haben wir wieder Zuschüsse eingeführt. Das energetische Bauen und Sanieren fördern wir mit 2 Milliarden Euro. Wer seine Wohnung oder sein Haus gegen Einbrüche schützen will, erhält Finanzierungshilfe vom Bund. Die Länder erhalten pro Jahr 518 Millionen Euro Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung. In den nächsten vier Jahren erhöhen wir die Mittel um insgesamt 2 Milliarden Euro.

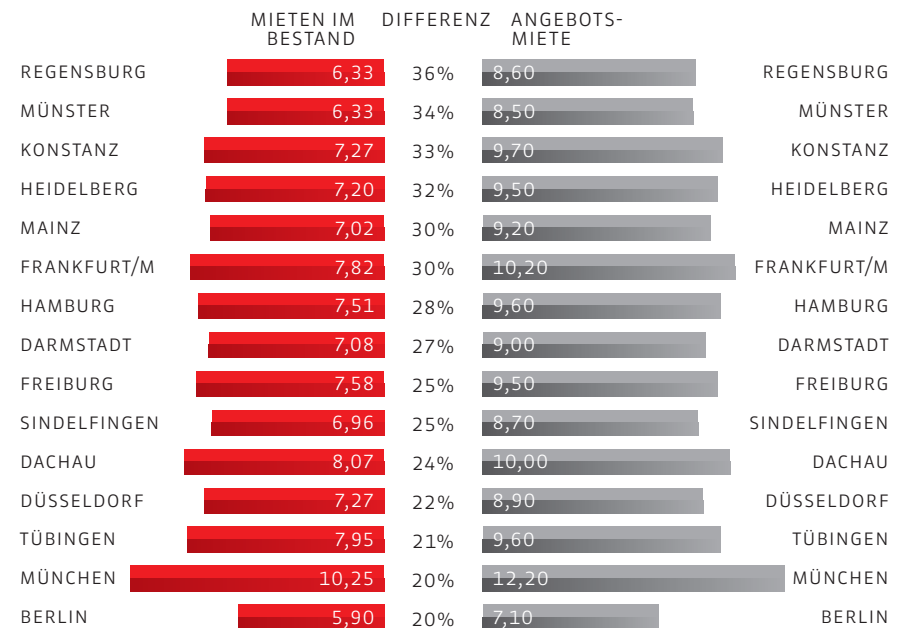
GERECHT ✓

Bezahlbares Wohnen und ein gutes Wohnumfeld entscheiden maßgeblich über Lebensqualität und Zufriedenheit, aber auch über soziales Miteinander und gesellschaftlichen Zusammenhalt. In vielen Groß- und Universitätsstädten steigen die Mieten bei Wiedervermietung um 20 oder 30 Prozent. Die Folge: Immer mehr Familien, Alleinerziehende, Studierende und ältere Menschen finden in den Innenstädten kaum noch bezahlbare Wohnungen. Es droht die soziale Spaltung der Städte – in reiche Viertel und abgehängte Nachbarschaften.

Mit der Mietpreisbremse, der Erhöhung des Wohngeldes und der Förderung des sozialen Wohnungsbaus stellen wir uns dieser Entwicklung entgegen. Bei der Städtebauförderung legen wir mit dem Programm »Soziale Stadt« einen Schwerpunkt auf Projekte, die die gesellschaftliche Integration in sozialen Brennpunkten fördern.

STEIGENDE MIETPREISE BEI WIEDERVERMIETUNG

DURCHSCHNITT JE QUADRATMETER NETTOKALT IN EURO



QUELLE: F+B MIETSPIEGELINDEX 2013; F+B-WOHNINDEX, DEUTSCHLAND Q4 2013; DEUTSCHER MIETERBUND



GLEICHSTELLUNG VORANBRINGEN

DIE FRAUENQUOTE KOMMT



Frauen machen seltener Karriere als Männer. Auf ihrem Weg nach oben werden sie behindert durch Rollenklischees und Vorurteile.

Mit diesen »gläsernen Decken« machen wir Schluss! Mit einer gesetzlichen Frauenquote sorgen wir dafür, dass bei der Besetzung von Top-Jobs die Qualifikation und nicht das Geschlecht zählt. Zudem bekämpfen wir die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern.

70%

DER FRAUEN SAGEN »JA« ZUR
GESETZLICHEN FRAUENQUOTE

N24 / Emnid, November 2014

»Die gesetzliche Frauenquote ist ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung.«

Christine Lambrecht, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

In den Koalitionsverhandlungen haben wir durchgesetzt, Geschlechterquoten in Führungspositionen von Unternehmen gesetzlich einzuführen und Maßnahmen gegen Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern zu ergreifen.

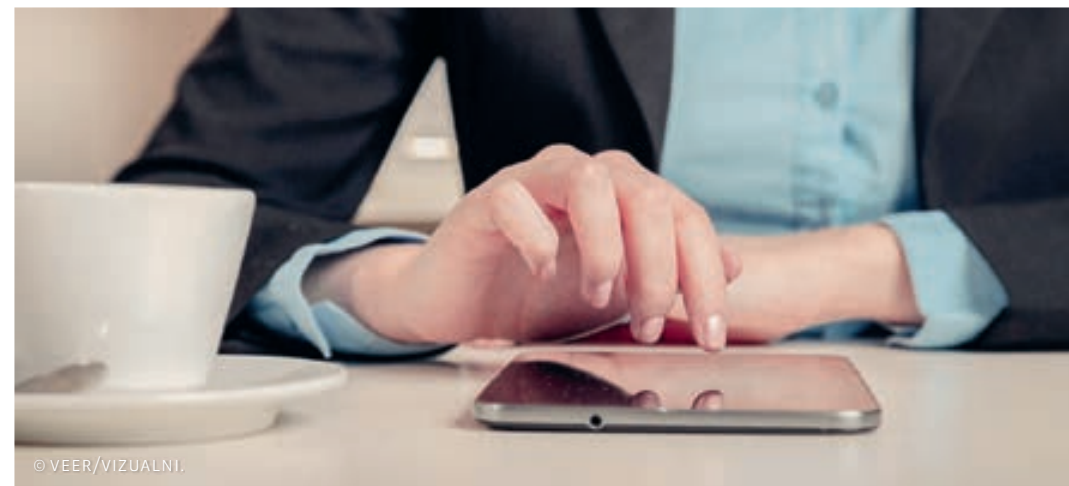
GETAN ✓

Wir haben im Bundestag die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote beschlossen. Ab 2016 müssen börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen mindestens 30 Prozent der frei werdenden Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzen. Wird diese Quote nicht erfüllt, bleiben die Aufsichtsratsmandate unbesetzt (»Leerer Stuhl«). Zudem werden weitere 3.500 Unternehmen verpflichtet, sich konkrete Ziele zur Erhöhung des Frauenanteils in ihren Aufsichtsräten, Vorständen und den oberen Management-Ebenen zu setzen und über die Fortschritte zu berichten.

Der Bund geht mit gutem Beispiel voran: In Aufsichtsgremien, in denen dem Bund mindestens drei Sitze zustehen, gilt ab 2016 bei Neubesetzungen eine Geschlechterquote von 30 Prozent. Ziel ist es, den Anteil ab 2018 auf 50 Prozent zu erhöhen. Zudem soll auch die Bundesverwaltung für jede Führungsebene konkrete Zielvorgaben zur Steigerung des Frauen- bzw. Männeranteils erlassen.

GERECHT ✓

Mit der gesetzlichen Frauenquote bringen wir die Gleichstellung voran. In keiner anderen Wirtschaftsnation gibt es so wenige Frauen in Führungspositionen wie in Deutschland. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft haben daran nichts geändert. Auch wenn Frauen besser qualifiziert sind, haben sie deutlich schlechtere Karrierechancen als Männer. Wir sorgen dafür, dass bei der Besetzung von Führungspositionen die Qualifikation und nicht das Geschlecht zählt. Wir öffnen Frauen die Türen in die Chefetagen und verändern Unternehmens-

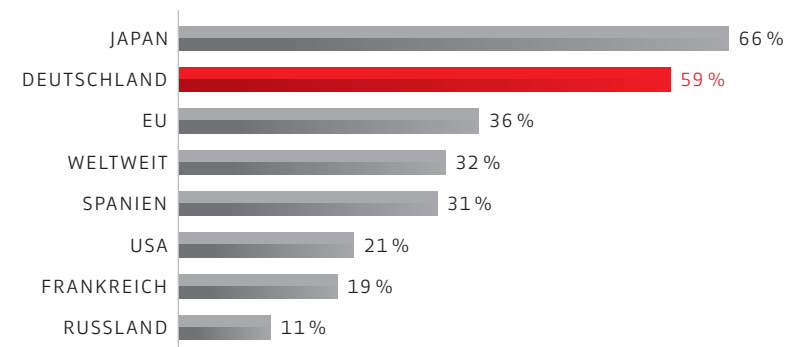


kulturen. Wenn weibliche Vorstände von DAX-Unternehmen und Frauen als Aufsichtsratsvorsitzende endlich Normalität sind, wird das auch für Gleichstellung in den unteren Hierarchieebenen sorgen.

Als nächstes werden wir die Lohndiskriminierung von Frauen mit einem Entgeltgleichheitsgesetz bekämpfen, das Transparenz in Unternehmen herstellt. Denn nur dort, wo Lohndiskriminierung offengelegt wird, kann sie abgestellt werden.

ANTEIL DER UNTERNEHMEN OHNE FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

FAST ZWEI VON DREI UNTERNEHMEN IN DEUTSCHLAND WERDEN AUSSCHLIESSLICH VON MÄNNERN GEFÜHRT. DIE BUNDESREPUBLIK LIEGT DAMIT BEI DER GLEICHSTELLUNG WELTWEIT AUF DEM VORLETZTEN PLATZ VOR DEM SCHLUSSLICHT JAPAN



QUELLE: WARTH & KLEIN GRANT THOR / HANDELSBLATT. BEFRAGT WURDEN 5404 UNTERNEHMEN MIT 50 BIS 500 BESCHÄFTIGTEN BZW. EINEM JAHRESUMSATZ ZWISCHEN 20 UND 2000 MILLIONEN US DOLLAR AUS ALLEN BRANCHEN IN 35 LÄNDERN.



NACHHALTIGKEIT

ENERGIEWENDE VORANTREIBEN



Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) war der erste Schritt für einen Neustart der Energiewende. Mit der Reform haben wir die Kosten gebremst, Planungssicherheit geschaffen und Ausbaukorridore für Erneuerbare vorgegeben. Nun folgt die Neuordnung des Strommarktes. Wir brauchen auch dann eine sichere Stromversorgung, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Mit der Umsetzung der Energieeffizienzstrategie bauen wir zudem die zweite Säule der Energiewende weiter aus.

70% SAGEN »JA« ZUR ENERGIEWENDE
Institut für Demoskopie Allensbach (IfD),
Juni 2014

» Sauber, sicher und bezahlbar – so wollen wir die Energiewende gestalten. Dafür braucht es eine neue Ordnung des Strommarktes, weitere Anstrengungen beim Klimaschutz und mehr Effizienz im Energiesystem. «

Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Wir wollen Ökonomie und Ökologie in einer modernen Industriegesellschaft in Einklang bringen. Dazu haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, den Strommarkt zu reformieren, das Netz auszubauen und Energie effizienter einzusetzen.

GETAN ✓

VERSORGUNG SICHERN

Der künftige Strommarkt muss einen effizienten Kraftwerkseinsatz bei wachsenden Anteilen erneuerbarer Energien ermöglichen und zugleich Versorgungssicherheit gewährleisten. Der vorliegende Entwurf des Strommarktgesetzes umfasst ein Bündel von Maßnahmen, mit dem Marktmechanismen gestärkt und Anreize zur Flexibilisierung des Stromsystems gesetzt werden. Außerdem wird der Strommarkt stärker in den europäischen Binnenmarkt integriert.

ENERGIE TRANSPORTIEREN

Um für den Ausbau großer Stromtrassen eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen, haben wir den Einsatz von Erdverkabelung erleichtert. Dies gilt in erster Linie für Gleichstromleitungen, die den Strom aus Offshore-Anlagen in den Süden Deutschlands transportieren sollen. Wir müssen deren Ausbau beschleunigen, damit die Energiewende vorankommt.

ENERGIE EINSPAREN

Die Energieeffizienz als zweite Säule der Energiewende wurde mit der Verabschiedung des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) wesentlich gestärkt. Große Unternehmen werden verpflichtet, alle vier Jahre ein Energieaudit, also eine systematische Erfassung des Energieverbrauchs, durchzuführen.

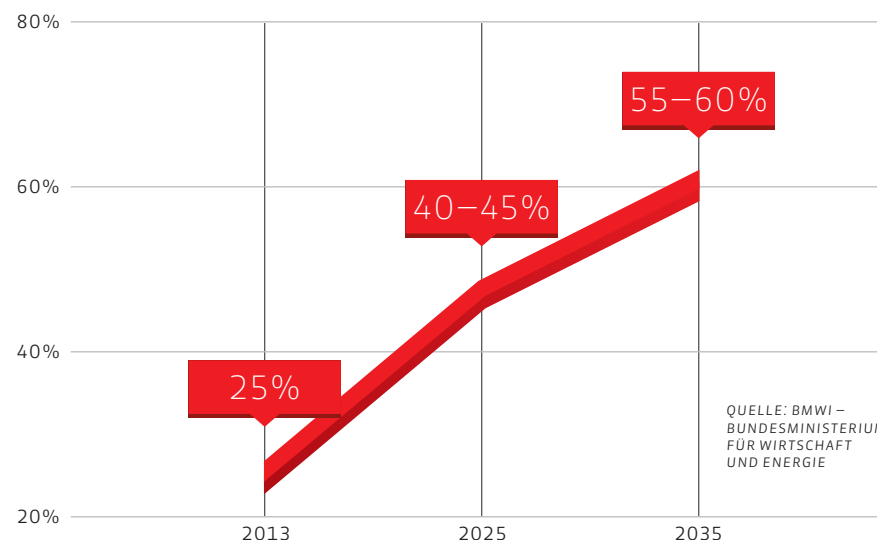
Auf dieser Basis sollen Energieeinsparungen ermittelt werden. Außerdem haben wir die Umsetzung eines »nationalen Effizienzlabels für Heizungsanlagen« beschlossen, um Verbraucherinnen und Verbraucher zum Austausch veralteter und ineffizienter Heizgeräte zu motivieren. Das neue Effizienzlabel wird ab dem 1. Januar 2016 schrittweise bei Heizkesseln angebracht, die älter als 15 Jahre sind. Auf diese Weise werden Verbraucher über den Effizienzstatus ihres Heizgerätes und über Energieberatungsangebote und Förderungen informiert.

GERECHT ✓

Ein hohes Maß an Versorgungssicherheit, ein wirksamer Klima- und Umweltschutz sowie eine wirtschaftlich effiziente Energieversorgung sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass die Energiewende gelingt und Deutschland auch langfristig ein wettbewerbsfähiger Industriestandort bleibt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Lasten der Energiewende nicht einseitig verteilt werden. Vor allem haben wir bei allen energiepolitischen Entscheidungen immer auch die Auswirkungen auf den Strompreis im Blick.

GEPLANTER AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

ANTEIL AN DER STROMVERSORGUNG





NACHHALTIGKEIT

KLIMASCHUTZ VERBESSERN



Wir bringen neuen Schwung in den Klimaschutz: In der EU haben wir ambitionierte Klimaschutzziele bis 2030 durchgesetzt. Um die Ziele bis 2020 in Deutschland zu erreichen, wurden zwei Aktionspläne beschlossen. Damit bleiben wir Vorreiter im Klimaschutz – und setzen ein Zeichen für einen neuen internationalen Klimavertrag.

73%

SAGEN »JA« ZU
ÖFFENTLICHEN PROGRAMMEN
GEGEN KLIMAWANDEL

Universität Kassel, ZEW Mannheim, Juni 2015

»Klimaschutz ist kein Luxus für bessere Zeiten. Klimaschutz ist unsere Investition in die Zukunft.«

Ute Vogt, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Die Einhaltung des Ziels, bis 2020 die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland um 40 Prozent zu reduzieren, haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben – zusammen mit dem Einsatz für neue, ambitionierte Klimaschutzziele in Europa.

GETAN ✓

NEUE EUROPÄISCHE ZIELE BESCHLOSSEN

Die EU hat nicht zuletzt auf deutsche Initiative hin neue, ambitionierte Klimaschutzziele beschlossen: Bis 2030 sollen die Treibhausgas-Emissionen im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent und der Energieverbrauch um 27 Prozent sinken. Der Anteil der erneuerbaren Energie an der Stromerzeugung soll auf 27 Prozent steigen.

NEUER SCHWUNG FÜR KLIMASCHUTZ UND ENERGIEEFFIZIENZ

Mit einem Aktionsprogramm Klimaschutz und einem Aktionsplan Energieeffizienz wollen wir die für 2020 gesetzten Klimaschutzziele erreichen. Dazu werden alle Sektoren, Wirtschaft und Privathaushalte einen Beitrag leisten. Mit insgesamt rund 3,5 Milliarden Euro setzt der Bund hier ein deutliches Zeichen für den Klimaschutz.

NEUE INTERNATIONALE KLIMAZIELE

Auf der UN-Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 will die Weltgemeinschaft ambitionierte und verbindliche Klimaziele beschließen, um die Erderwärmung wirksam zu begrenzen. Deutschland geht mit seinen Maßnahmen und Erfolgen hier beispielhaft voran.



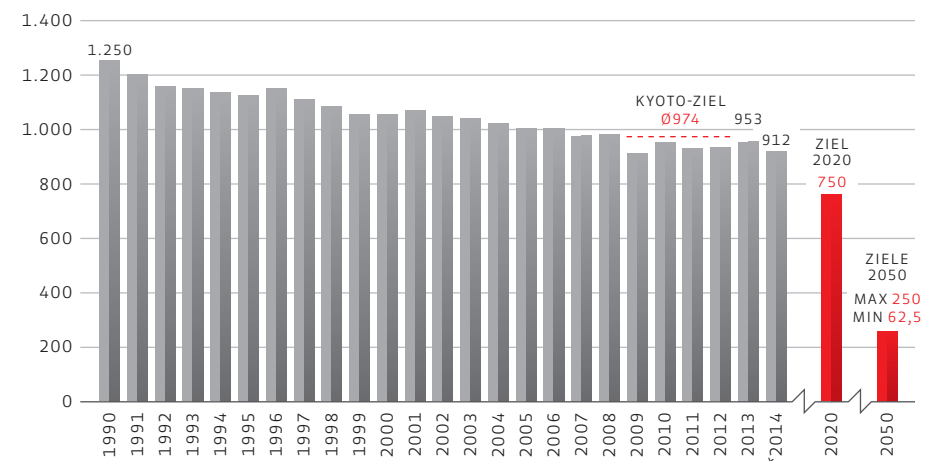
© ISTOCK.COM/CASSINGA

GERECHT ✓

Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien helfen auf Dauer, Kosten zu sparen und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Davon profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher genauso wie Unternehmen und ihre Beschäftigten. Klimapolitik soll uns eine gesunde Lebensgrundlage erhalten.

REDUKTION DER CO₂-EMISSIONEN IN DEUTSCHLAND

IN MILLIONEN TONNEN



QUELLE: UMWELTBUNDESAMT

*PROGNOSE

IN WÜRDE ALTERN

GUTE PFLEGE



Menschen wollen in Würde und möglichst in ihrer gewohnten Umgebung alt werden. Deshalb stärken wir die Pflege und machen sie zukunftsfest. Die neuen Pflegegrade revolutionieren die Pflege: Demenzkranke werden künftig deutlich besser unterstützt.

93%

HALTEN DIE PFLEGEREFORM FÜR EINEN
SCHRITT IN DIE RICHTIGE RICHTUNG
BZW. EINE DEUTLICHE VERBESSERUNG
Infratest dimap, BMG, September 2015

» Wir sind stolz darauf, die größte Reform der Pflegeversicherung seit ihrem Bestehen vorlegen zu können. «

Karl Lauterbach, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir verabredet, die Situation der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und der Menschen, die in der Pflege arbeiten, zu verbessern.

GETAN ✓

MEHR LEISTUNGEN

Seit dem 1. Januar 2015 erhalten Pflegebedürftige bessere Leistungen, pflegende Angehörige und Pflegefachkräfte wurden entlastet. Die Leistungsbeträge steigen um vier Prozent. Die Leistungen in der häuslichen Pflege werden flexibilisiert, Demenzkranke besser unterstützt. Außerdem stärken wir die Qualität der stationären Pflege.

FAIRE FINANZIERUNG

Zur Finanzierung wird der Beitragssatz zur Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte angehoben. Ein Teil der Einnahmen fließt in einen neuen Pflegevorsorgefonds. Dieser soll ab 2035 die Beiträge stabilisieren, wenn Menschen aus den geburtenstarken Jahrgängen pflegebedürftig werden.

NEUER PFLEGEBEGRIFF

Ab 2017 werden fünf sogenannte Pflegegrade die bisherigen drei Pflegestufen ablösen. Dabei werden im Gegensatz zum bisherigen System nicht nur die körperlichen Einschränkungen, sondern auch geistige und psychische Beeinträchtigungen berücksichtigt. Außerdem setzt die Unterstützung früher an, denn der Pflegegrad 1 erreicht Menschen, die bisher keine Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten haben. Sie bekommen künftig deutlich mehr Unterstützung bei baulichen Anpassungen in der Wohnung oder etwa Begleitung bei Spaziergängen. Alle, die bisher schon Leistungen erhalten, werden durch die Reform nicht schlechtergestellt.



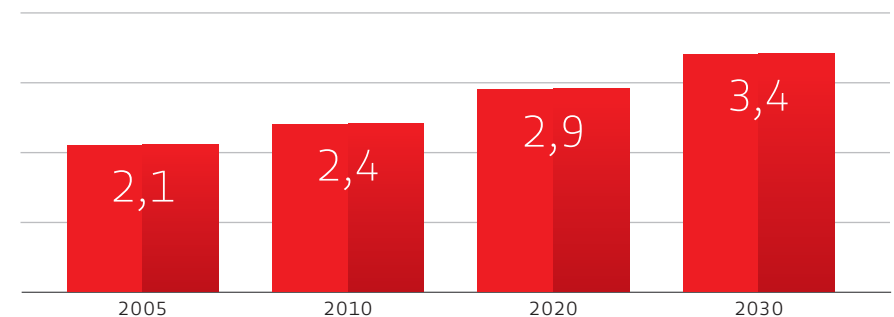
© ISTOCK.COM/GUVENDEMIR

GERECHT ✓

Die Neuregelungen sind ein Meilenstein für alle Menschen, die pflegebedürftig sind oder Angehörige pflegen. Durch den neuen Pflegebegriff werden etwa 500.000 Menschen zusätzlich Ansprüche auf Leistungen der Pflegeversicherung haben. Beeinträchtigungen durch Demenz werden künftig gleichwertig betrachtet wie körperliche Beeinträchtigungen. Und auch pflegende Angehörige werden profitieren, denn wir orientieren uns am Prinzip »ambulant vor stationär« und entsprechen damit dem Wunsch vieler Pflegebedürftiger, so lange wie möglich zu Hause zu bleiben.

ZAHL DER PFLEGEBEDÜRFTIGEN STEIGT

PFLEGEBEDÜRFTIGE IN MILLIONEN, AB 2020 PROGNOSE



QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT



GESUND BLEIBEN

BESSERE VERSORGUNG UND MEHR VORSORGE



Jeder Mensch hat das Recht auf eine gute ärztliche Versorgung in seiner Nähe. Ein ganzes Maßnahmenbündel soll mehr Anreize schaffen, damit Ärzte sich auch in ländlichen Regionen niederlassen. Mit einer Krankenhausreform verbessern wir die Pflegesituation im stationären Bereich.

79%

HALTEN DIE GESUNDHEITS-
VERSORGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM
FÜR EIN WICHTIGES ZUKUNFTSTHEMA
Zukunftsinstitut, 2015

» Uns ist eine der umfassendsten Krankenhausreformen seit Jahren gelungen: Mehr Pflegepersonal, bessere Versorgung der Patientinnen und Patienten und mehr Qualität. «

Hilde Mattheis, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir eine bessere medizinische Versorgung und einen Schwerpunkt auf medizinische Vorsorge vereinbart.

GETAN ✓

FLÄCHENDECKENDE VERSORGUNG

In Regionen, die ärztlich unterversorgt sind, bekommen Patientinnen und Patienten künftig vereinfachten Zugang zur ambulanten Behandlung in Krankenhäusern. Außerdem werden in überversorgten Gebieten Praxen nur dann nachbesetzt, wenn dies für die Versorgung der Patienten auch sinnvoll ist. Damit soll die Landflucht der Ärzte gestoppt werden.

GESUNDHEIT FÖRDERN, ERKRANKUNGEN VORBEUGEN

Die Krankenkassen sollen ihre Ausgaben je Versichertem zur Gesundheitsförderung und Prävention von Krankheiten verdoppeln. Außerdem sollen sie Betriebe bei der Gesundheitsförderung unterstützen, damit auch am Arbeitsplatz die Gesundheit erhalten bleibt. Außerdem werden Früherkennungsuntersuchungen fortentwickelt und das Impfwesen gefördert.

SCHNELLERE TERMINE BEIM FACHARZT

Wer gesetzlich versichert ist, soll künftig höchstens vier Wochen auf einen Facharzttermin warten müssen. Findet ein Patient in einem dringenden Fall keinen Facharzt, wird ihm innerhalb einer Woche ein Termin von einer Terminservicestelle der Kassenärztlichen Vereinigungen vermittelt.

PFLEGE IN KRANKENHÄUSERN VERBESSERN

Durch eine Krankenhausreform wird künftig mehr Geld für die Krankenhäuser zur



© ISTOCK.COM/TOMMML

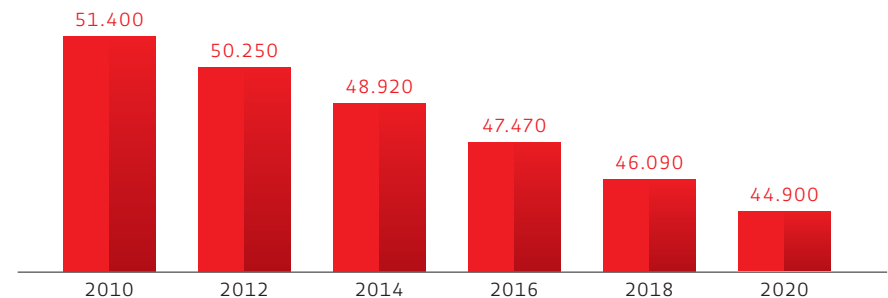
Verfügung stehen, die in ihr Pflegepersonal investieren und es anständig bezahlen. Außerdem verbessern wir die Notfallversorgung im Krankenhaus.

GERECHT ✓

Gute medizinische Versorgung darf auch in Zukunft keine Frage des Einkommens oder des Wohnortes sein. Und: Besser als Krankheiten zu heilen, ist Krankheiten gar nicht erst entstehen zu lassen. Deshalb müssen Gesundheitsförderung und Prävention so früh wie möglich im Lebensverlauf beginnen und in den Lebenswelten der Menschen verankert werden.

DIE ZAHL DER HAUSÄRZTE UND HAUSÄRZTINNEN SINKT

HAUSÄRZTE/-ÄRZTINNEN (OHNE KINDERÄRZTE) BIS 2020 (SCHÄTZUNG)



QUELLE: KASSENÄRZTLICHE BUNDESVEREINIGUNG



ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE STÄRKEN

ENTLASTUNG DER KOMMUNEN



Wir entlasten die Städte und Gemeinden
in Milliardenhöhe und stärken die
Investitionskraft finanzschwacher Kommunen.

Nur handlungsfähige Kommunen können
eine gute soziale Infrastruktur wie Schulen,
Kitas, Bibliotheken und Schwimmbäder zur
Verfügung stellen.

70%

DER DEUTSCHEN SAGEN »JA«
ZU MEHR INVESTITIONEN IN DIE
INFRASTRUKTUR

Emnid, April 2014

»Ja, unsere Banken sind systemrelevant.
Aber unsere Kommunen sind es auch.«

Bernhard Daldrup, kommunalpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir durchgesetzt, die Gemeinden, Städte und Landkreise finanziell zu entlasten.

GETAN ✓

ENTLASTUNG BEI KOMMUNALEN AUSGABEN

Durch die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung hat der Bund die Städte und Gemeinden bereits um rund 5,5 Milliarden Euro pro Jahr entlastet. Hinzu kommt nun eine jährliche Entlastung in Höhe von 1 Milliarde in 2015 und 2016, die 2017 auf 2,5 Milliarden und ab 2018 auf 5 Milliarden Euro ansteigt. Für den Bau und Betrieb von Kindertagesstätten stellen wir 750 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Außerdem investieren wir 140 Millionen Euro in die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur.

UNTERSTÜTZUNG FINANZSCHWACHER KOMMUNEN

Um die Investitionskraft finanzschwacher Kommunen gezielt zu stärken, haben wir einen kommunalen Investitionsfonds von 3,5 Milliarden Euro beschlossen. Damit fördern wir 2015 bis 2018 Investitionen in Klimaschutz, Bildungseinrichtungen und sonstige Infrastruktur (z. B. Städtebau, Krankenhäuser, Lärmschutz).

HILFE BEI DER UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN

Für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen hat der Bund kurzfristig 2 Milliarden Euro bereitgestellt. Ab 2016 unterstützen wir Länder und Kommunen dauerhaft mit einer Pro-Kopf-Pauschale. Außerdem stellen wir Immobilien des Bundes kostenfrei zur Verfügung und erhöhen die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau um 2 Milliarden Euro bis 2019. Davon profitieren alle Menschen in Deutschland.

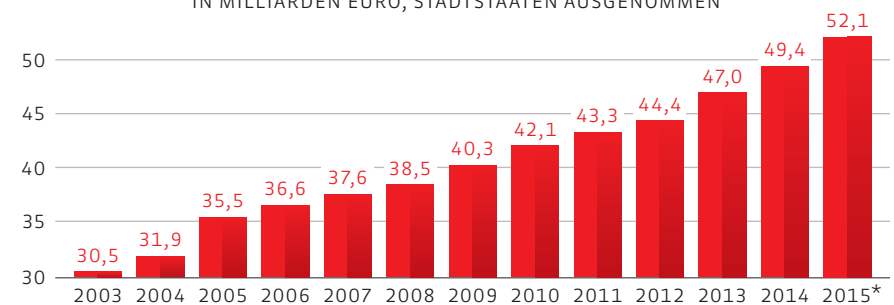


GERECHT ✓

Mit der Unterstützung der Kommunen stärken wir einen zentralen Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Wir schaffen die Voraussetzungen für gute Lebensqualität in unseren Kommunen, stärken ihre Investitionskraft und entlasten sie von Sozialausgaben. Nur handlungsfähige Kommunen können eine gute öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort aufrechterhalten. Viele Städte und Gemeinden kämpfen mit Arbeitslosigkeit, Bildungsarmut, vernachlässigten öffentlichen Räumen und sozialen Konflikten. Diesen Kommunen helfen wir. Damit leisten wir auch einen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland.

KOMMUNALE AUSGABEN FÜR SOZIALE LEISTUNGEN

IN MILLIARDEN EURO, STADTSTAATEN AUSGENOMMEN



QUELLE: STATISTISCHES BUNDESAMT

*PROGNOSE DER BUNDESVEREINIGUNG DER
KOMMUNALEN SPITZENVERBÄNDE

HUMANITÄRE VERANTWORTUNG

FLÜCHTLINGE VERSORGEN UND INTEGRIEREN



Zahlreiche Menschen suchen in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung. Wir sorgen für Ordnung bei der Aufnahme und schnellere Asylverfahren. Länder und Kommunen unterstützen wir bei der Versorgung und Unterbringung. Wir fördern die Integration durch Sprachkurse und Perspektiven auf Arbeit.

63%

SAGEN »JA« ZUR BESSEREN
INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN

ARD-Deutschlandtrend, Infratest dimap,
November 2015

»Wir danken den vielen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die in den Kommunen eine lebendige Willkommenskultur gestalten.«

Eva Högl, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

GESAGT ✓

Angesichts steigender Flüchtlingszahlen hat die Koalition verabredet, den Zuzug zu ordnen und zu steuern, Länder und Kommunen bei der Versorgung zu unterstützen und Menschen mit Bleibeperspektive früher zu integrieren.

GETAN ✓

ORDNEN UND STEUERN

Wir sorgen für geordnete Verfahren bei der Aufnahme und der Verteilung von Flüchtlingen. Die Länder unterstützen wir beim Aufbau von Erstaufnahmeplätzen. Die Dauer der Asylverfahren soll deutlich verkürzt werden. Dafür werden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 4.000 neue Stellen geschaffen. Die Verfahren sollen künftig möglichst in der Erstaufnahmeeinrichtung abgeschlossen werden, damit nur Flüchtlinge mit Bleibeperspektive auf die Kommunen verteilt werden. Für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten wird in besonderen Aufnahmeeinrichtungen ein beschleunigtes Verfahren durchgeführt. Sechs Balkanländer wurden als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Ausreisepflichten können künftig leichter durchgesetzt werden.

HELFEN UND VERSORGEN

2015 unterstützt der Bund die Länder und Kommunen mit 2 Milliarden Euro bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden. Ab 2016 beteiligt sich der Bund an den Kosten mit einer monatlichen Pauschale von 670 Euro pro Asylbewerber. Außerdem erhalten Länder und Kommunen 350 Millionen Euro jährlich für die Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Durch Änderungen im Bauplanungsrecht erleichtern wir die Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften. Den Kommunen stellen wir Immobilien kostenfrei zur Verfügung. Außerdem verbessern wir die Gesundheitsversorgung der Asylsuchenden.

FRÜHER INTEGRIEREN

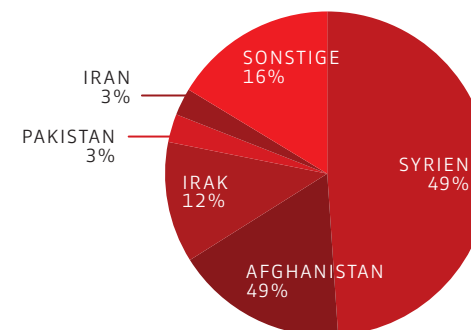
Diejenigen, die dauerhaft bleiben werden, sollen früh integriert werden. Der Erwerb der deutschen Sprache ist dafür grundlegend. Wir öffnen die Integrationskurse für Asylbewerber mit Bleibeperspektive und stellen mehr Geld bereit. Asylbewerber und Geduldete können sich bereits nach drei Monaten (bisher 9 bzw. 12 Monate) um einen Job auf dem regulären Arbeitsmarkt bewerben. Nach 15 Monaten entfällt die Vorrangprüfung. Auch das Leiharbeitsverbot haben wir verkürzt. Anerkannte Asylberechtigte haben uneingeschränkten Arbeitsmarktzugang. Die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse soll beschleunigt werden.

GERECHT ✓

Bund, Länder und Kommunen werden ihrer Verantwortung gerecht, Menschen, die Zuflucht vor Krieg und Verfolgung suchen, ein sicheres Zuhause zu geben. Das ist eine gewaltige Aufgabe. Tausende Bürgerinnen und Bürger helfen mit, den Schutzsuchenden das Ankommen zu erleichtern und sie bei der Bewältigung ihres Alltags zu unterstützen. Diejenigen, die Schutz brauchen und länger in Deutschland bleiben werden, müssen rasch integriert werden. Diejenigen, die keinen Schutz brauchen und keine Bleibeperspektive haben, müssen Deutschland wieder verlassen. Um die Flüchtlingsfrage dauerhaft zu lösen, müssen die Fluchtursachen bekämpft werden. Ohne ein geeintes handelndes Europa und eine entschlossene internationale Gemeinschaft ist das nicht denkbar.

HERKUNFTSLÄNDER DER ASYLSUCHENDEN (OKTOBER 2015)

REGISTRIERUNGEN IM »EASY«-SYSTEM



QUELLE: BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE

INTERNATIONALE VERANTWORTUNG

VERANTWORTUNG IN EUROPA UND DER WELT



Mit Diplomatie und humanitärer Hilfe begegnen wir den Konflikten und Krisen in der Welt. In der Europäischen Union setzen wir uns für ein solidarisches Europa ein, in dem die Mitgliedstaaten zusammenstehen und sich gegenseitig unterstützen. Das gilt für uns in der Eurokrise genauso wie in der Flüchtlingsfrage.

81%

DER DEUTSCHEN FÜHLEN SICH
ALS BÜRGERINNEN UND BÜRGER
DER EU

EU-Kommission, Juli 2015

FÜR FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE

Mit Diplomatie und humanitärer Hilfe begegnen wir den Konflikten und Krisen in der Welt und nehmen Verantwortung wahr für Frieden und Gerechtigkeit.

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass wir die globale Ordnung aktiv mitgestalten wollen und uns dabei von unseren Interessen und Werten leiten lassen.

GETAN ✓

MIT DIPLOMATIE FÜR DEN FRIEDEN

Deutschland ist als Gesprächs- und Vermittlungspartner in den Krisen und Konflikten der Welt gefragt wie nie. Wir engagieren uns mit aller Kraft dafür, dass Konflikte wie in der Ukraine oder im Nahen Osten vor allem politisch gelöst werden können. Wir unterstützen die kurdische Regionalregierung mit umfangreicher humanitärer und auch militärischer Hilfe gegen den Terror des sogenannten IS.

FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN

Über 50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht – so viele wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Umso wichtiger ist es, dass Deutschland sich mit Mitteln der humanitären Hilfe und der Entwicklungspolitik an der Beseitigung von Fluchtursachen beteiligt und sich aktiv für eine politische Regelung des Konflikts in Syrien einsetzt.

TRANSPARENT UND RESTRIKTIVE RÜSTUNGSEXPORTE

Wir haben einen deutlich restriktiveren Kurs bei der Genehmigung von Rüstungsexporten durchgesetzt: Rüstungsexporte in Krisenregionen aus wirtschaftlichem



© ISTOCK.COM/MICHAELJUNG

Interesse wird es nicht mehr geben. Außerdem informiert die Bundesregierung schneller und umfassender über genehmigte Rüstungsexporte. Spätestens zwei Wochen nach einer Genehmigung durch den Bundessicherheitsrat wird der Bundestag informiert.

VERANTWORTUNG DER UNTERNEHMEN FÜR MENSCHENRECHTE

Der Einsturz einer Textilfabrik in Bangladesch im Jahr 2013 hat gezeigt, dass auch deutsche Unternehmen mitverantwortlich sind für unmenschliche und lebensgefährliche Arbeitsplätze weltweit. Deshalb kämpfen wir darum, dass deutsche Konzerne mehr Verantwortung für die Sicherheit und Gesundheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern tragen.

GERECHT ✓

Deutschland bringt seine Möglichkeiten für die Bewältigung und Lösung internationaler Konflikte und humanitärer Katastrophen ein. Wir engagieren uns für eine gerechte internationale Ordnung, um Frieden und Menschenrechte weltweit zu sichern. Wir übernehmen Verantwortung für diejenigen, die wirklich in Not sind.

»Wir brauchen mehr Entspannungspolitik, gerade in diesen Zeiten.«

Rolf Mützenich, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA

Nur eine Europäische Union, in der alle Mitgliedstaaten solidarisch sind, kann die Konflikte und Herausforderungen lösen, vor denen wir stehen. Währungskrise, Jugendarbeitslosigkeit und die Flüchtlingslage zeigen, dass rein nationale Lösungen nicht zum Ziel führen.

GESAGT ✓

Deutschland wird alle seine Möglichkeiten ausschöpfen, das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des europäischen Einigungswerkes wiederherzustellen. So ist es im Koalitionsvertrag vereinbart.

GETAN ✓

STRENGE REGULIERUNG DER FINANZMÄRKTE

Wir haben Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte umgesetzt. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist für uns oberstes Ziel, um die Verursacher der Finanzkrise an den Kosten zu beteiligen.

GEMEINSAME VERANTWORTUNG FÜR FLÜCHTLINGE

Alle europäischen Staaten müssen einen Beitrag zur Bewältigung der Flüchtlingslage leisten. Die EU-Kommission hat wichtige Vorschläge erarbeitet, u. a. zur gerechten Verteilung der Flüchtlinge in ganz Europa. Wir setzen uns für eine solidarische europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik ein.

GRIECHENLAND UNTERSTÜTZEN

Die griechische Bevölkerung muss in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise große Lasten tragen. Dabei helfen wir solidarisch. Neben der Umsetzung struktureller Reformen braucht das Land dringend einen Impuls für Wachstum und Beschäftigung.



PERSPEKTIVE FÜR JUNGE MENSCHEN IN EUROPA

Die dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa lässt viele junge Europäer am Aufstiegsversprechen der EU zweifeln. Deshalb wurden Maßnahmen wie eine Beschäftigungsinitiative, die europäische Jugendgarantie und das Programm MobiPro durchgesetzt.

VORFAHRT FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG

Wir haben die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung zur Top-Priorität erhoben. In den nächsten drei Jahren sollen über 315 Milliarden Euro in Bildung, Forschung und Infrastruktur durch die europäische Investitionsoffensive mobilisiert werden.

GERECHT ✓

Mit den eingeleiteten Reformen besteht die Chance, die Wirtschafts- und Finanzkrise zu überwinden und einen neuen Aufbruch für ein politisch und wirtschaftlich starkes wie sozial gerechtes Europa zu schaffen.

»Die aktuellen Krisen zeigen, dass sich die Probleme nicht mehr nationalstaatlich lösen lassen, sondern nur gemeinsam als EU.«

Axel Schäfer, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

MEHR INVESTITIONEN OHNE NEUE SCHULDEN

Seit 2014 kommt der Bund ohne neue Schulden aus und investiert trotzdem in wichtige Zukunftsaufgaben. So werden wir der Verantwortung für unsere Kinder und Enkel gerecht.

GESAGT ✓

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, ab 2014 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt und ab 2015 einen Haushalt ohne neue Schulden aufzustellen. Außerdem haben wir uns vorgenommen, Städte und Gemeinden zu entlasten und Investitionen zu erhöhen.

GETAN ✓

Erstmals seit 45 Jahren konnte 2014 ein Haushaltsjahr ohne neue Schulden abgeschlossen werden. Auch den Bundeshaushalt 2015 und 2016 haben wir ohne neue Schulden aufgestellt. Gleichzeitig haben wir Überschüsse in 2015 mit zwei Nachtragshaushalten genutzt, um ein zusätzliches Investitionsprogramm zu finanzieren und einen Sonderfonds für kommunale Investitionen aufzulegen.

Damit beweisen wir, dass gute Haushaltspolitik nicht nur Sparen bedeutet, sondern auch Gestaltung: Wir investieren zusätzliches Geld in die Entlastung der Länder und Kommunen, in Bildung und Klimaschutz sowie in die Infrastruktur, unter anderem in den Bereichen Städtebau, sozialer Wohnungsbau, Verkehr und Breitbandausbau. So haben wir die im Koalitionsvertrag vereinbarten Investitionen und Entlastungen der Kommunen sogar noch einmal deutlich erhöht.

Außerdem haben wir mit der Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und Kinderzuschlags sowie des Alleinerziehendenfreibetrages steuerliche Entlastungen in Höhe von 5 Milliarden Euro umgesetzt.

»Die SPD-Fraktion hat eine deutliche Erhöhung der Investitionen durchgesetzt. Wir erhalten den handlungsfähigen Staat und schaffen mehr Chancengerechtigkeit.«

Carsten Schneider, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

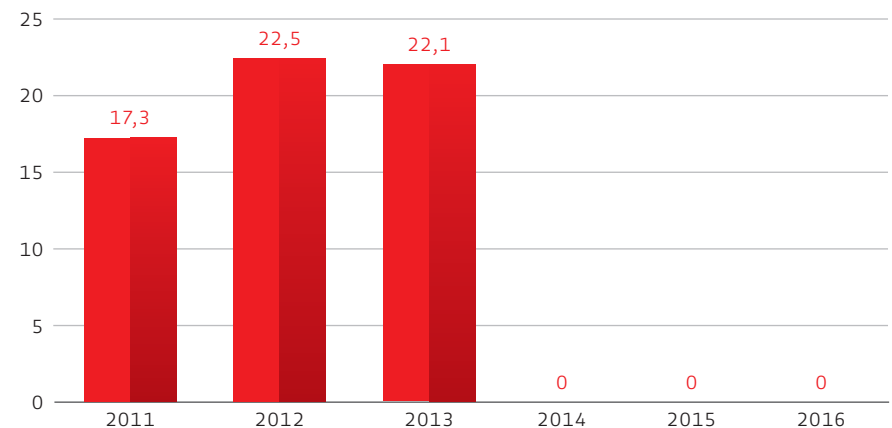
GERECHT ✓

Mit dem Verzicht auf neue Schulden zeigen wir, dass wir es mit unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen ernst meinen. Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, dass wir unseren Kindern und Enkeln Handlungsspielräume in der Zukunft erhalten. Ohne Neuverschuldung wird unser Gemeinwesen außerdem unabhängiger von den Finanzmärkten.

Gleichzeitig legen wir einen klaren Schwerpunkt auf Zukunftsinvestitionen und schaffen so die Grundlagen für künftigen Wohlstand.

NETTOKREDITAUFNAHME IM BUNDESHAUSHALT 2011-2016

IN MILLIARDEN EURO



QUELLE: BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN

AUSSERDEM AUF DEN WEG GEBRACHT

TERRORABWEHR GESTÄRKT

Wir haben die Sicherheitsbehörden gestärkt: 3.000 neue Bundespolizisten werden in den nächsten drei Jahren eingestellt. Den Versuch des Reisens in terroristischer Absicht haben wir unter Strafe gestellt und durch Personalausweisentzug erschwert. Außerdem haben wir einen Straftatbestand Terrorismusfinanzierung geschaffen. Bestehende Regelungen zur Terrorismusbekämpfung haben wir bis 2021 verlängert. Um Straftaten besser und schneller aufklären zu können, haben wir Höchstspeicherfristen für Kommunikationsdaten mit strengen Datenschutzregeln eingeführt.

KONSEQUENZEN AUS DEM NSU-TERROR

Mit neuen Regelungen in den Bereichen Justiz und Verfassungsschutz haben wir Konsequenzen aus der Mordserie der rechtsterroristischen Gruppierung »Nationalsozialistischer Untergrund« gezogen. Außerdem stärken wir die Demokratieförderung, um Rechtsextremismus zu bekämpfen.

NSA-AFFÄRE AUFKLÄREN

Der Untersuchungsausschuss NSA untersucht die Erfassung und Speicherung von Kommunikationsdaten von, nach und in Deutschland durch US-amerikanische und britische Nachrichtendienste. Er prüft Reformen zum Schutz vertraulicher Kommunikation.

KLEINANLEGERSCHUTZ VERBESSERT

Wir haben den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Kauf von Finanzprodukten durch Warnhinweise und unabhängige Beratung verbessert.

KEINE GRÜNE GENTECHNIK IN DEUTSCHLAND

Auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion können EU-Staaten eigene Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen erlassen. Damit werden wir den Anbau grüner Gentechnik in Deutschland verhindern.



MEHR UMWELTSCHUTZ IN DER LANDWIRTSCHAFT

Durch eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik werden Subventionen für die Landwirtschaft künftig stärker am Umweltschutz orientiert. Besonders wird der Erhalt von Dauergrünland wie Wiesen und Weiden als klimawirksame Maßnahme unterstützt.

MEHR ÖFFENTLICHES WLAN UND NETZNEUTRALITÄT

Mit einer Klarstellung der Haftungsregelungen haben wir Rechtssicherheit für alle WLAN-Anbieter geschaffen. Damit ermöglichen wir mehr öffentliche WLAN-Angebote. Außerdem wollen wir die Netzneutralität gesetzlich sichern, damit Meinungsfreiheit, Vielfalt und Innovation im Internet erhalten bleiben.

SCHNELLES INTERNET FÜR ALLE

Die Bundesregierung hat eine ressortübergreifende Digitale Agenda 2014–2017 beschlossen. Sie bündelt wesentliche digitale Vorhaben – allen voran der flächendeckende Breitband-Ausbau bis 2018 mit 50 Mbit/s, der jetzt mit einem großen Förderprogramm vorangetrieben wird.

STEUERFLUCHT BEKÄMPFT

2014 haben 50 Staaten einen automatischen Informationsaustausch in Steuer-sachen ab 2017 vereinbart. Die Partnerländer senden künftig automatisch Informationen über Kapitalerträge an die deutschen Finanzämter. Damit schützt das Bankgeheimnis Steuerbetrüger nicht mehr vor Strafverfolgung.



© PHOTOCASE/NICI_PIEPT

**STRAFBEFREIENDE SELBSTANZEIGE
VERSCHÄRFT**

Die strafbefreiende Selbstanzeige darf kein Freifahrtschein für Steuerhinterzieher sein. Deshalb verschärfen wir sie: Künftig wächst die Strafzahlung mit der Höhe der hinterzogenen Steuern auf bis zu 20 Prozent. Für ausländische Kapitalerträge müssen auch für länger zurückliegende Zeiträume Steuern nachgezahlt werden.

EIGENTÜMER HAFTEN BEI BANKENPLEITEN

Mit der Umsetzung der europäischen Bankenabwicklung werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler vor den Kosten einer Bankenpleite geschützt. Dabei werden zunächst die Eigentümerinnen und Eigentümer der Pleitebank zur Kasse gebeten, bevor die Gemeinschaft der Banken haftet. Die europäischen Banken zahlen 55 Milliarden Euro in einen Abwicklungsfonds.

**INTEGRATION DURCH DOPPELPASS
VERBESSERT**

In Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern, die sich bisher bei Volljährigkeit zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden mussten, können nun in den meisten Fällen beide Pässe behalten. Das fördert die Integration.

KARENZZEITEN FÜR EHEMALIGE MINISTER

Wir beugen Interessenkollisionen beim Wechsel von politischen Amtsträgern in die Wirtschaft vor. Mitglieder der Bundesregierung sollen nach ihrem Ausschei-

den aus der Politik künftig in Konfliktfällen zwölf Monate warten müssen (in Ausnahmefällen 18 Monate), bevor sie in die Wirtschaft wechseln dürfen.

SCHUTZ VOR SEXUELLEM MISSBRAUCH

Mit dem Internet hat kinderpornographisches Material neue Wege der Verbreitung gefunden. Wir haben strafrechtliche Ergänzungen gegen Kinderpornographie umgesetzt. Seither ist auch das Herstellen, Verbreiten und der Besitz sogenannter Posing-Bilder strafbar.

**GLEICHSTELLUNG VON
LEBENSPARTNERSCHAFTEN**

In der Steuerpolitik und bei der Sukzessivadoption haben wir eingetragene Lebenspartnerschaften der Ehe gleichgestellt. Unser Ziel bleibt die Öffnung der Ehe für lesbische und schwule Paare.

**TARIFEINHEIT STÄRKT
SOZIALPARTNERSCHAFT**

Voraussetzung für Tarifautonomie und Tarifpartnerschaft sind starke Gewerkschaften, die das Wohl aller Beschäftigten im Blick behalten. Deshalb haben wir den Grundsatz »Ein Betrieb, ein Tarifvertrag« auf eine gesetzliche Basis gestellt, nachdem er im Jahr 2010 durch die Rechtsprechung aufgehoben worden war.

BÜROKRATIEABBAU

Wir befreien Start-ups und junge Gründerinnen und Gründer von Bürokratiepflichten und entlasten den Mittelstand von Bürokratiekosten.

**ÖFFENTLICHES AUFTRAGSWESEN
VEREINFACHT**

Wir haben die Vergabe von öffentlichen Aufträgen einfacher und fairer gemacht. Künftig sollen besonders kleine Unternehmen einen einfacheren Zugang zu öffentlichen Aufträgen erhalten. Die Verwaltung soll soziale, ökologische und innovative Aspekte bei der Vergabe stärker berücksichtigen.

E-MOBILITÄT FÖRDERN

Kommunen erhalten die Möglichkeit, Elektrofahrzeuge bei Parkplätzen und Parkgebühren zu bevorzugen. Elektroautos werden entsprechend gekennzeichnet. Dies fördert insbesondere in Innenstädten emissionsärmere Lieferverkehre.

MENSCHENWÜRDIGES STERBEN ERMÖGLICHEN

Nach über einem Jahr Debatte hat der Bundestag neue Regeln für die Sterbehilfe beschlossen. Parallel dazu haben wir die Betreuung Sterbenskranker durch die Hospiz- und Palliativmedizin verbessert, um eine gute Versorgung von Patientinnen und Patienten mit schweren, unheilbaren Krankheiten sicherzustellen.

LKW-MAUT AUSGEDEHNT

Wir haben die LKW-Maut auf vierspurige Bundesstraßen und Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen ausgedehnt. Dadurch leisten LKW in Zukunft einen stärkeren Beitrag für Investitionen in Verkehrswege.

BUNDESWEHR ATTRAKTIVER GEMACHT

Wir haben die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber gestärkt: flexible und familienfreundliche Dienstzeiten, eine attraktivere Ausgestaltung der Zulagen für besonders harte und risikoreiche Arbeit und eine bessere soziale Absicherung der Soldaten. Damit zollen wir unseren Soldatinnen und Soldaten Respekt – denn auch hier gilt: gutes Geld für gute Arbeit.

AUSSERDEM HABEN WIR

- 10.000 zusätzliche Stellen im Bundesfreiwilligendienst für die Flüchtlingshilfe geschaffen,
- effektive Maßnahmen gegen Doping im Sport beschlossen,
- die Bestechung von Abgeordneten strafbar gemacht,
- ein IT-Sicherheitsgesetz beschlossen,
- die Einlagensicherung in Europa harmonisiert,
- die Lebensversicherungen stabilisiert,
- mehr Gerechtigkeit bei Ghetto-Renten geschaffen,
- die Rente für DDR-Haftopfer deutlich erhöht,
- die Künstlersozialversicherung stabilisiert,
- eine Endlagersuchkommission eingesetzt,
- Unternehmen bei Börsenrückzug zu einer Entschädigung der Aktionäre verpflichtet,
- die Abhängigkeit von Ratings auf Finanzmärkten verringert und
- Maßnahmen zur Verbesserung des Einbruchschutzes beschlossen.

WAS WIR ALS NÄCHSTES UMSETZEN

ORDNUNG AUF DEM ARBEITSMARKT SCHAFFEN

Wir beschränken Leiharbeit auf ihre Kernfunktion, führen eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten und gleichen Lohn nach neun Monaten ein. Missbrauch von Werkverträgen zur Umgehung des Arbeitsrechts bekämpfen wir.

GLEICHE BEZAHLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN

Frauen verdienen durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer. Wir wollen Unternehmen verpflichten, zur Entgeltgleichheit Stellung zu nehmen. Darauf aufbauend wird ein individueller Auskunftsanspruch festgelegt. Dies verbinden wir mit einem Verfahren zur Beseitigung von Lohndiskriminierung.

UNTERSTÜTZUNG FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Die Eingliederungshilfe unterstützt Menschen mit Behinderungen dabei, ihren Alltag selbständig zu meistern und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Mit einem Bundesteilhabegesetz wollen wir diese Menschen aus dem bisherigen »Fürsorgesystem« herausführen und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickeln.

INVESTIONSTÄTIGKEIT ANREGEN

Eine Expertenkommission hat Vorschläge erarbeitet, wie die Investitionstätigkeit von Unternehmen verbessert und Kapital in die Finanzierung des Infrastrukturausbaus gelenkt werden kann. Wir prüfen, welche Vorschläge umgesetzt werden können.

SOZIALEN WOHNUNGSBAU FÖRDERN

Der Bund wird den sozialen Wohnungsbau stärker fördern und Grundstücke zur Schaffung von sozialem Wohnraum verbilligt abgeben. Außerdem werden wir das Programm »Soziale Stadt« zu einem Leitprogramm entwickeln, um Förder-

mittel zu bündeln und Bürgerinnen und Bürger besser zu beteiligen. Indem wir Baustandards bündeln und vereinfachen, werden wir die Baukosten senken und Bauen einfacher machen.

MIETER WEITER STÄRKEN

Wir werden die Regelungen zur Erstellung von Mietspiegeln und zur Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete überarbeiten, damit Mieterinnen und Mieter ihre Rechte besser wahrnehmen und Mieten effektiver gebremst werden können. Künftig soll die Modernisierungumlage stärker begrenzt und nur die tatsächliche Wohn- bzw. Nutzfläche als Maßstab zur Berechnung der Miete und weiterer Kosten herangezogen werden.

ERBSCHAFTSTEUER ERHALTEN

Die Erbschaftsteuer muss als Einnahmequelle der Länder erhalten bleiben. Wir wollen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts schnell umsetzen. Unternehmen dürfen nur dann privilegiert werden, wenn Arbeitsplätze erhalten bleiben und die Erben die Steuer nicht aus ihrem privaten Vermögen zahlen können.

MEISTER-BAFÖG VERBESSERN

Wir haben eine Allianz für Aus- und Weiterbildung geschlossen, um mehr Ausbildungsplätze für junge Menschen bereitzustellen. Als nächstes wollen wir den beruflichen Aufstieg erleichtern, indem wir das Meister-BAföG ausbauen.

SOLIDARITÄT ZWISCHEN BUND UND LÄNDERN ERHALTEN

Mit dem Ende des Solidarpakts 2019 steht eine Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Gemeinden an. Wir setzen uns für ein solidarisches Gemeinwesen und gleichwertige Lebensverhältnisse ein.

FRACKING REGULIEREN

Bei der geplanten Regulierung von Fracking haben für uns der Schutz von Mensch, Natur und Grundwasser absoluten Vorrang. Daher sind wir gegen Fracking, wie es in den USA praktiziert wird. Die konventionelle Erdgasförderung wollen wir deutlich strengeren Regeln unterwerfen. Dies gilt unter anderem für die Transparenz und Beteiligung im Genehmigungsverfahren, für die Vorsorge vor Erdbeben, die Entsorgung von Reststoffen oder die Beweislastregeln bei Schäden.



LÄNDLICHE RÄUME STÄRKEN

Wir wollen die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz zu einer Gemeinschaftsaufgabe ländliche Entwicklung weiterentwickeln. Damit wollen wir die Wertschöpfungsketten in ländlichen Räumen auch aus dem Agrarhaushalt unterstützen können.

PROSTITUTION BESSER REGELN, ZWANGSPROSTITUTION BEKÄMPFEN

Wir wollen für bessere Arbeitsbedingungen im Prostitutionsgewerbe sorgen und Prostituierte besser schützen. Den Menschenhandel im Prostitutionsgewerbe bekämpfen wir, indem wir Beweiserleichterungen schaffen und die Freierstrafbarkeit bei Zwangsprostitution einführen.

DATENSCHUTZ VERBESSERN

Die EU-Datenschutzgrundverordnung bildet die Voraussetzung für etliche datenschutzrechtliche Verbesserungen, die wir in dieser Koalition noch vorhaben. Sobald die Verhandlungen auf EU-Ebene abgeschlossen sind, werden wir sie in Deutschland umsetzen.

Projekt Zukunft #NeueGerechtigkeit

Die SPD-Fraktion denkt voraus. Um die Digitalisierung, den demografischen Wandel und die Globalisierung gerecht zu gestalten, haben wir das »Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit« gestartet. Sechs Projektgruppen entwickeln Antworten auf die Fragen von morgen – im engen Dialog mit Fachleuten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

#NeueZeiten

Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel

#NeueGerechtigkeit bedeutet, dass alle – Frauen und Männer, Selbständige und abhängig Beschäftigte – die Möglichkeit haben, ihre individuellen Vorstellungen von Familie, Beruf und Freizeit besser zu verwirklichen. Was können wir tun, damit Beruf und Privatleben in der Balance bleiben und alle selbstbestimmter über ihre Zeit verfügen können?

#NeueChancen

Wertschätzung für Bildung und Arbeit

#NeueGerechtigkeit bedeutet, dass alle die gleichen Chancen auf gute Bildung haben – von der Kita bis zur Weiterbildung. Und zwar egal, woher man kommt oder was man besitzt. Was können wir tun, um unser Bildungssystem gerechter zu machen und Leistung und Talente ein Leben lang besser zu fördern?

#NeueErfolge

Vorsprung durch Innovation

#NeueGerechtigkeit bedeutet, neue Ideen und Innovationen zu fördern, die allen zugutekommen und zu nachhaltigem gesellschaftlichem Fortschritt führen – für breiten Wohlstand, neue und bessere Arbeitsplätze, soziale Entwicklung, eine intakte Umwelt und ein gutes Leben. Was können wir tun, um neue Ideen stärker zu fördern, die Rahmenbedingungen für Innovationen zu verbessern und eine neue »Gründerzeit« zu schaffen?



#NeuesMiteinander Einwanderungsland Deutschland

#NeueGerechtigkeit bedeutet, dass alle Menschen an unserer Gesellschaft teilhaben, unabhängig davon, ob sie schon lange hier leben oder gerade erst angekommen sind. Was können wir tun, damit Deutschland ein offenes Land bleibt, in dem wir nicht nur nebeneinander, sondern miteinander zusammenleben?

#NeuerZusammenhalt Gleichwertige Lebensverhältnisse

#NeueGerechtigkeit bedeutet, dass wir uns nicht spalten lassen in starke und schwache Regionen, in reiche Ballungszentren und arme ländliche Räume. Was können wir tun, um gleichwertige Lebensverhältnisse und eine gute öffentliche Daseinsvorsorge (Nahverkehr, Gesundheit, Bildung, Kultur) in allen Regionen Deutschlands zu gewährleisten?

#NeueLebensqualität Morgen gut leben

#NeueGerechtigkeit bedeutet, dass gutes Wohnen in intakter Umwelt, gute medizinische Versorgung und gesunde Ernährung nicht vom Einkommen und sozialen Status abhängen. Was können wir tun, um allen Menschen eine gesunde Lebensführung in einem guten Wohn- und Lebensumfeld zu ermöglichen?

Reden Sie mit

Wir interessieren uns für Ihre Meinung: www.spdfraktion.de/projekt-zukunft

VIEL GETAN, VIEL VOR



Liebe Leserinnen und Leser, die Lektüre dieser Broschüre zeigt: Die SPD-Bundstagsfraktion hat Wort gehalten und bereits in den ersten zwei Jahren der Wahlperiode konkrete Verbesserungen für große Teile der Bevölkerung erreicht. Wir sind die Kraft der gesellschaftlichen Modernisierung. Jetzt zahlt es sich aus, dass wir einen Koalitionsvertrag verhandelt haben, der eine klar sozialdemokratische Handschrift trägt und Schritt für Schritt umgesetzt wird. Wir setzen uns dabei besonders für die Belange von Menschen mit geringem Einkommen und von Familien ein. Beispielhaft hierfür stehen der gesetzliche Mindestlohn und die Mietpreisbremse – beides Projekte, die wir gegen starke Widerstände durchgesetzt haben und die jetzt ihre positive Wirkung für Millionen von Menschen entfalten.

Bei allem Erreichten bleibt noch viel zu tun: Die stark angestiegenen Flüchtlingszahlen stellen unser Land vor ganz neue Herausforderungen. Die Flüchtlinge menschlich behandeln und gleichzeitig den Zuzug ordnen – diese Aufgabe steht aktuell ganz oben auf unserer Agenda.

Wir werden darüber aber nicht die berechtigten Interessen der Menschen im Land aus den Augen verlieren. Wir bleiben die treibende Kraft dieser Koalition. Wir werden uns nicht auf dem Erreichten ausruhen: Zahlreiche Projekte aus dem Koalitionsvertrag müssen noch umgesetzt werden. Dazu gehört die Neuregelung von Leiharbeit und Werkverträgen. Beides ist in den letzten Jahren zu einem Einfallstor für Lohndumping und schlechte Arbeitsbedingungen geworden. Diesem Missbrauch werden wir einen Riegel vorschieben, auch um faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. Die SPD-Bundstagsfraktion ist der Garant für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Christine Lambrecht'.

Christine Lambrecht, MdB
Erste Parlamentarische Geschäftsführerin
der SPD-Bundstagsfraktion

GESCHÄFTSFÜHRENDER FRAKTIONSVORSTAND



**THOMAS
OPPERMANN**
FRAKTIONSVORSITZENDER



**DR. ROLF
MÜTZENICH**
STELLVERTRETENDER
FRAKTIONSVORSITZENDER

*zuständig für Außen und
Verteidigung, Menschenrechte*



**CHRISTINE
LAMBRECHT**
ERSTE PARLAMENTARISCHE
GESCHÄFTSFÜHRERIN



**EDELGARD
BULMAHN**
VIZEPRÄSIDENTIN DES
DEUTSCHEN BUNDESTAGES



**SÖREN
BARTOL**
STELLVERTRETENDER
FRAKTIONSVORSITZENDER

*zuständig für Verkehr, Bau
und Digitale Infrastruktur,
Digitale Agenda*



**DR. CAROLA
REIMANN**
STELLVERTRETENDE
FRAKTIONSVORSITZENDE

*zuständig für Arbeit und
Soziales, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend*



**BÄRBEL
BAS**
PARLAMENTARISCHE
GESCHÄFTSFÜHRERIN



**ULLA
SCHMIDT**
VIZEPRÄSIDENTIN DES
DEUTSCHEN BUNDESTAGES



**HUBERTUS
HEIL**
STELLVERTRETENDER
FRAKTIONSVORSITZENDER

*zuständig für Wirtschaft,
Energie, Bildung, Forschung*



**AXEL
SCHÄFER**
STELLVERTRETENDER
FRAKTIONSVORSITZENDER

*zuständig für Europa und
Wirtschaftliche Zusammenarbeit*



**PETRA
ERNSTBERGER**
PARLAMENTARISCHE
GESCHÄFTSFÜHRERIN



**DR. EVA
HÖGL**
STELLVERTRETENDE
FRAKTIONSVORSITZENDE

*zuständig für Innen und
Recht, Verbraucherschutz,
Kultur und Medien*



**CARSTEN
SCHNEIDER**
STELLVERTRETENDER
FRAKTIONSVORSITZENDER

*zuständig für Haushalt,
Finanzen, Euro*



**DAGMAR
ZIEGLER**
PARLAMENTARISCHE
GESCHÄFTSFÜHRERIN



**PROF. DR. KARL
LAUTERBACH**
STELLVERTRETENDER
FRAKTIONSVORSITZENDER

*zuständig für Gesundheit
und Petitionen*



**UTE
VOGT**
STELLVERTRETENDE
FRAKTIONSVORSITZENDE

*zuständig für Umwelt
und Landwirtschaft*



**DR. KATARINA
BARLEY**
JUSTIZIARIN

HERAUSGEBERIN

SPD-Bundestagsfraktion,
Petra Ernstberger MdB,
Parlamentarische Geschäftsführerin,
Platz der Republik, 11011 Berlin

HERSTELLUNG

Öffentlichkeitsarbeit, SPD-Bundestagsfraktion

TEXT & REDAKTION

Öffentlichkeitsarbeit, Planungsgruppe

ERSCHIENEN Dezember 2015

GESTALTUNG & FOTOGRAFIE knisterwerk.com

Diese Veröffentlichung der
SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der
Information. Sie darf während eines Wahlkampfes
nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

GESETZLICHER MINDESTLOHN ✓

ELTERNGELDPLUS ✓

FRAUENQUOTE ✓

RENTENREFORM ✓

MIETPREISBREMSE ✓

SOZIALER WOHNUNGSBAU ✓

BESSERER VERBRAUCHERSCHUTZ ✓

BESSERE PFLEGE ✓

BESSERE GESUNDHEITSVERSORGUNG ✓

ENERGIEWENDE ✓

HÖHERES BAFÖG ✓

MEHR GELD FÜR BILDUNG ✓

INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN ✓

ENTLASTUNG DER KOMMUNEN ✓

MEHR INVESTITIONEN ✓

AUSGEGLICHER HAUSHALT ✓

BESSERE TERRORABWEHR ✓